

Datum	26.03.2018
Zahl	VK5-ALL-2147/2017 (014/2018) <small>Bei Eingaben Geschäftszahl anführen!</small>
Auskünfte	Mag. Dr. Martina Petutschnig
Telefon	050 536-65561
Fax	050 536-65511
E-Mail	bhvk.wasserrecht@ktn.gv.at
Seite	1 von 2

Betreff:

**Land Kärnten, Abt. 9, Straßen und Brücken, SBA Wolfsberg, Klagenfurter Straße 11, 9400 Wolfsberg;
Teilerneuerung der Steinschleifer- und Koschutabrücke (Trögernbach),
Grst. 224/1, 225, 238 und 239, alle KG Trögern – Antrag auf wasserrechtliche Bewilligung**

Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung

In folgender Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung anberaumt:

Das Land Kärnten, Abt. 9, Straßen und Brücken, SBA Wolfsberg, hat mit Eingabe vom 21.06.2017 um die Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung zur Teilerneuerung der Steinschleifer- und der Koschutabrücke über den Trögernbach im Bereich der Grundstücken 224/1, 225, 238 und 239, alle KG Trögern, angesucht.

Laut den vorgelegten Projektsunterlagen sollen bei der Koschutabrücke beide bestehenden Widerlager erhalten werden, wodurch sich die Spannweite des Tragwerks gegenüber dem Bestand nicht ändert.

Abweichend zu der aus den 1950-Jahren gewählten Tragkonstruktion aus Stahlträgern mit einem querliegenden Belag aus Lärchenbohlen, soll bei der neuen Brücke als tragendes Element eine Stahlbetonplatte Verwendung finden. Dabei soll die Konstruktionsunterkante um insgesamt ca. 10 cm gehoben werden.

Die östlich gelegene Steinschleiferbrücke bestehe ebenfalls aus Stahlträgern mit einem querliegenden Belag aus Lärchenbohlen. Auch hier werde als neues Tragwerk eine Stahlbetonplatte zum Einsatz kommen. Zur Verbesserung der hydraulischen Durchgängigkeit soll hier der bestehende Flusspfeiler entfernt und die Stützweite der Brücke von 19,60 m auf ca. 12,50 m verringert werden. Dies soll durch eine Verlegung des rechtsufrigen Widerlagers erfolgen. Das linksufrige Widerlager werde baulich nicht verändert.

Insgesamt werde dadurch der vorhandene Abflussquerschnitt von 48,8 m² auf 38,8 m² verringert.

Ort:

Bei der Koschutabrücke – L 131 Straßenkilometer 11,013

Datum:

Dienstag, 24. April 2018

Zeit:

13.30 Uhr

Beteiligte können persönlich zur Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine

Bevollmächtigte entsenden oder gemeinsam mit ihrem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bevollmächtigter/Bevollmächtigte kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der/Die Bevollmächtigte eines/einer Beteiligten muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn sich der/die Beteiligte durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (zB einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhandler/eine Wirtschaftstreuhandlerin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lässt,
- wenn der/die Bevollmächtigte des/der Beteiligten seine/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn sich der/die Beteiligte durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lässt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn der/die Beteiligte gemeinsam mit seinem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommt.

Beteiligte können in die Pläne und sonstigen Behelfe während der Amtsstunden bei der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt, Spanheimergasse 2, 1. Stock, Zimmer Nr. 117, Einsicht nehmen.

Abgesehen von dieser Bekanntmachung und der persönlichen Verständigung der uns bekannten Beteiligten wird die Verhandlung durch Verlautbarung im elektronischen Amtsblatt der Behörde kundgemacht.

Beteiligte verlieren ihre Parteistellung, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei uns oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein minderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

Rechtsgrundlagen:

§§ 38 und 98 Abs. 1 des Wasserrechtsgesetzes 1959 – WRG 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2017;

§§ 40 bis 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/2013

Für den Bezirkshauptmann:
Dr. Petutschnig

LAND  KÄRNTEN

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <https://www.ktn.gv.at/amtssignatur>. Die Echtheit des Ausdrucks dieses Dokuments kann durch schriftliche, persönliche oder telefonische Rückfrage bei der erledigenden Stelle während ihrer Amtsstunden geprüft werden.